

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/248

Bonn, den 30. Dezember 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeiler.

1 - 2 Passen Sie auf, Herr Bundeskanzler : 32

Zum Treffen Erhard - de Gaulle

Von Günter Markscheffel

3 Menetekel 35

Der Weg der Christdemokraten

4 - 5 Rumänien deckt sich nach allen Seiten ab 70

Dreieckspolitik Peking - Paris - Moskau

Von Dr. Harry Schleicher, Belgrad

Unseren Freunden und Mitarbeitern wünschen wir
ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1965

SPD-PRESSEDIENST GMBH

Verlag und Redaktion

Passen Sie auf, Herr Bundeskanzler !

Zum Treffen Erhard - de Gaulle

Von Günter Markscheffel

Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard wird zu Beginn des kommenden Jahres nach Paris reisen, um dort, wie er einmal im vertrauten Kreise sagte, "Europa in Fahrt zu bringen". Das ist ein sehr löbliches Vorhaben, zu dem man dem Bundeskanzler nur alle guten Wünsche mit auf den Weg geben kann.

Der Gesprächspartner des Bundeskanzlers wird Staatspräsident de Gaulle sein. Dieser hat ganz andere Vorstellungen von "Europa", als es jene sind, die anzusteuern der Bundeskanzler auf Grund einstimmig gefaßter Beschlüsse des Bundestages verpflichtet ist. Der deutsche Bundeskanzler will - wenn er zu seinem Wort steht und die ihm vom Bundestag auferlegten Pflichten zu erfüllen gedenkt - ein integriertes Europa, das mit e i n e r Stimme spricht und sich in die atlantische Gemeinschaft ohne Vorbehalte einfügt und in ihr bewährt. Die Bundesrepublik, durch den Elysée-Vertrag mit Frankreich eng verbunden, will durch diesen Vertrag nicht veranlaßt werden, andere von ihr eingegangene internationale Verpflichtungen zu vernachlässigen oder gar zu blockieren.

* * *

Man weiß Prof. Erhard - oder sollte es wenigstens wissen - daß Staatspräsident de Gaulle eine ganz andere Vorstellung von Europa hat als jene, die in den Römischen Verträgen festgelegt ist, wonach ein tatsächlich integriertes Europa das Ziel zunächst mindestens der sechs EWG-Staaten ist. Fünf dieser EWG-Partner, nämlich die Bundesrepublik, Holland, Belgien, Luxemburg und Italien, wollen ein Europa, das wirtschaftlich, politisch und militärisch die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten als die Voraussetzung seiner Existenz betrachtet. Der sechste Partner, das Frankreich des Staatspräsidenten de Gaulle, will ein von den Vereinigten Staaten u n a b - h ä n g i g e s Sechser-Europa, das seine eigene Verteidigung organisiert, sowie politisch und wirtschaftlich als selbständiger Faktor die Bühne der internationalen Politik betritt. Während die fünf zuerst genannten EWG-Partner den Staaten der europäischen Freihandelszone das Tor zu einem integrierten Europa weit offen halten, will de Gaulle zunächst s e i n e europäische Union, der sich - wenn sie wollen - nach geschaffenen Tatbeständen, andere europäische Staaten anschließen können.

Aber auch für die Konstruktion eines Sechser-Europa hat de Gaulle andere Vorstellungen als die übrigen EWG-Partner. Der französische Staatspräsident will ein "Europa der Vaterländer", die anderen EWG-Partner ein Europa, das die bereits bestehenden europäischen

Institutionen weiter ausbaut und sich in zunehmendem Maße wirtschaftlich und politisch integriert, sowie die Führung eines oder zwei der sechs Partner innerhalb des integrierten Europa ablehnen.

* * *

Es ist kein Geheimnis und sollte daher auch im Bundeskanzleramt zu Bonn bekannt sein, daß de Gaulle nach der Brüsseler Einigung über den europäischen Agrarpreis nunmehr die Zeit für gekommen hält, an Bonn die direkte Frage zu richten, ob die Bundesrepublik gewillt ist, seine, de Gaulles, Europa-pläne zu unterstützen. Der Hinweis darauf, daß Bonn bei der Einigung über den europäischen Agrarpreis die Zeche bezahlt, dürfte de Gaulle wenig interessieren und kaum zu einer Rücksichtnahme auf bundesrepublikanische Vorstellungen von einer atlantischen Allianz veranlassen. Vielleicht ist es gut, den Herrn Bundeskanzler vor seiner Reise nach Paris darauf hinzuweisen, daß de Gaulle die vom Bundestag einstimmig verabschiedete Präambel zum Elysée-Vertrag, durch die Geist und Zielrichtung der bisher gültigen Außenpolitik der Bundesrepublik noch einmal umrissen wurde, als ein Papier bezeichnet hat, das ihn nicht interessiert.

* * *

So gesehen, muß der Bundeskanzler auch damit rechnen, daß man ihm in Paris die Frage stellen wird, wie es die Bundesrepublik in Zukunft mit einer gemeinsamen deutsch-französischen atomaren Verteidigung - u n a b h ä n g i g von den gemeinsamen atomaren Verteidigungsplänen im Rahmen der NATO - hält. Der französische Staatspräsident fühlt sich wahrscheinlich zu dieser Frage berechtigt, nachdem Bundestagspräsident Gerstenmaier in Paris die sogenannte Ellipsentheorie für die atomare Verteidigung vorgebracht hat und nachdem auch der frühere Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und dessen in Paris sehr aktiv wirkenden politischen Freunde den Gaullisten zu verstehen gegeben haben, daß "man" in der Bundesrepublik den atomaren europäischen Verteidigungsplänen de Gaulles gar nicht so abweisend gegenüberstehe.

* * *

Bundeskanzler Prof. Erhard ist zu empfehlen, daß er sich vor seiner Reise nach Paris vergewissert, ob alle seine Parteifreunde immer noch zur Präambel des Elysée-Vertrages stehen, zu jener Präambel, die de Gaulle davor warnen sollte, Bonn zwingen zu wollen, zwischen Paris und Washington zu wählen.

Auch Frankreich steht vor Wahlen. Es ist daher anzunehmen, daß sich der französische Staatspräsident vor seinem eigenen Volk so "stark" wie möglich zu zeigen gedenkt. Bei einem Vergleich zwischen de Gaulle und Erhard, der sicher auch die gute Absicht hat, vor den Bundestagswahlen als "starker Mann" zu erscheinen, kann man sich ungefähr ausrechnen, wer von den beiden bei einem Gespräch über die Zukunft der europäischen Politik die größere Standfestigkeit hat.

Deshalb: Passen Sie auf, Herr Bundeskanzler!

+ + +

Menetekel

Der Weg der Christdemokraten

ler - Die Vorgänge bei der Präsidentenwahl in Italien bewiesen die Ohnmacht einer großen Partei, der Partei der christlichen Demokraten, mit sich selbst ins Reine zu kommen. In viele Fraktionen zerfallen, bekundete sie ihre Unfähigkeit, sich über einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Enttäuschung und Haß zerrüßten nun ihre Reihen, die führenden Männer begegnen einander mit bitterer Feindschaft und selbst die beschwörenden Bitten des Papstes blieben ohne Resonanz - und das will in einem Lande wie Italien viel heißen. Werden die Christdemokraten Italiens das Schicksal ihrer französischen Gesinnungsfreunde, der katholischen Volksrepublikaner (MRP) erleiden?

Unter christlichem Firmennamen auftretende Parteien hatten nach dem Zweiten Weltkrieg einen mächtigen Aufschwung zu verzeichnen; zum Teil waren es auch, wie bei den italienischen Christdemokraten Neugründungen. Der Glaube erwies sich damals als ein verbindendes Element. Politische sich an der Wirklichkeit orientierende Programme rangierten in der Wertordnung in zweiter Linie.

In Frankreich erwies sich sehr bald, daß religiöse Bindungen allein nicht ausreichen, einer Partei eine politisch unantastbare Stellung in der parlamentarischen Demokratie zu sichern. Die französischen Volksrepublikaner verloren von Wahl zu Wahl. Ihr zeitweiliges Kokettieren mit rückschrittlichen Kräften bekam ihnen nicht gut, obwohl sie sich hohe Verdienste um die Schaffung eines neuen Europa erworben. Mit dem Tod von Robert Schuman, des überragenden Führers und Begründers dieser Partei, verloren sie ihr geistiges und politisches Kraftzentrum. Seit vielen Jahren stehen Frankreichs Volksrepublikaner an der politischen Peripherie des Landes. Ihr Einfluß macht sich kaum noch bemerkbar.

Die Lebenskraft der christlichen Demokraten Italiens erwies sich stärker und zäher. Unter de Gasperi erhielt diese Partei die absolute Mehrheit. Sie dominierte im politischen Leben Italiens und legte die Grundlage der Innen- und Außenpolitik. Die absolute Mehrheit ging nach de Gasperis Tod in die Brüche und Spannungen innerhalb der Partei traten offen zutage. Mit fast 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen bilden die Christdemokraten immerhin einen Block, der nicht übersehen werden konnte. Doch an diesem Block nagte der Wurm des Zerfalls; er ist zu einheitlichen Zielsetzungen nicht mehr in der Lage. Da gibt es einen "linken" und einen "rechten" Flügel, nur mühsam ausbalanciert durch einen unsicheren Flügel der Mitte. Mit solch innerer Verfassung können Christdemokraten wohl nicht glaubhaften Anspruch erheben, das Land mit sicherer Hand zu regieren. Die sozialen Spannungen zwischen dem Norden und dem Süden, das größte Übel Italiens, bleiben bestehen; auch das kulturelle Gefälle. Den Nachfolgern de Gasperis ist die Integration Italiens zur Nation nicht gelungen. Das Land bleibt in zwei Lager gespalten. - In Frankreich führte das Versagen der Volksrepublikaner zur Sehnsucht nach dem starken Mann, zum Gaullismus. Steht Italien eine ähnliche Entwicklung bevor? In beiden Ländern wurden die Kommunisten zu den stärksten Parteien im nichtkommunistischen Europa. Ist das nur ein Zufall? Dort, wo Sozialdemokraten regieren, wie etwa in Skandinavien und in Österreich und nun auch in Großbritannien, müssen sich die Kommunisten mit der Rolle einer hoffnungslosen Minderheit begnügen. Sie sind keine Bedrohung von Staat und Gesellschaft. Die Abwehrkraft des demokratischen Sozialismus erwies sich hier stärker und erfolgreicher als in den von Christdemokraten regierten Ländern.

Rumänien deckt sich nach allen Seiten ab

Dreieckspolitik Peking - Paris - Moskau

Von Dr. Harry Schleicher, Belgrad

Während in P a r i s der stellvertretende Ministerpräsident Rumäniens, Birladeanu, die nicht unbeachtlichen Ergebnisse wochenlanger Wirtschaftsverhandlungen in Form eines langfristigen französisch-rumänischen Handelsvertrages einheimste, wurde in der Weltöffentlichkeit eine andere aussenpolitische Aktion der rumänischen Regierung weit geringer beachtet.

Fast zur gleichen Zeit nämlich, da Rumänien seinen in erster Linie aus wirtschaftlichen Erwägungen begonnenen Flirt mit einigen Weststaaten erfolgreich fortsetzt, hat es den chinesischen Machthabern eine politische Unterstützung gewährt, die ihnen bisher von keinem anderen, die chinesische Politik nicht weitgehend befolgenden Staat zuteil geworden ist. In der veröffentlichten Antwort des rumänischen Premierministers Ion Gheorghe Maurer auf die an die Regierungschefs aller Länder der Welt versandte Botschaft Tschu En-lais vom 17. Oktober 1964 zur Einberufung einer Konferenz mit dem Ziele der Vernichtung aller Kernwaffen lassen die Rumänen dem chinesischen Vorschlag weitgehend Unterstützung zuteil werden.

* * *

Entkleidet man das Schreiben Maurers aller ideologischer Hüllen, so bleiben zwei wesentliche politische Fakten zu vermerken:

- * 1) Der Versuch, mittels der Unterstützung der Pekingener Konferenzidee, China als "gleichberechtigte Atom-macht" zum aktiven Mitgestalter der großen Weltpolitik zu erheben;
- * 2) die "verständnisvolle Anerkennung" des Rechtes Chinas, entgegen dem Geist und Inhalt des fast von allen Ländern der Welt - einschließlich Rumäniens - unterzeichneten Moskauer Atomstoppabkommens, auch weiterhin atomare Versuche durchzuführen.

Im ersten Falle ist sich die rumänische Regierung des illusionären Aspektes ihres Unterfangens offensichtlich selbst bis zu einem gewissen Ausmaße bewußt. Sie kann nicht an die Durchführbarkeit einer Politik glauben, die zwar propagandistisch in den Ohren mancher afroasiatischer Staatsmänner wohl klingen mag, aber bereits in Ansatz un-realistisch bleiben muß, weil sie sich zum Ziel gesetzt hat, mittels einiger weniger Atombomben das bestehende nukleare Kräftegleichgewicht in der Welt grundsätzlich zu verändern. Die rumänischen Politiker haben diese Einsicht selbst bestätigt, indem sie vorsichtiger-

weise als Ziel der ersten Etappe der von den Chinesen befürworteten Konferenz nur "die Erreichung eines Abkommens über das Verbot des Einsatzes der Kernwaffen" und nicht der vollkommenen Vernichtung umschreiben.

* * *

Dies ändert jedoch nicht allzu viel an dem zweiten Aspekt. Dabei mag es von geringerer Bedeutung sein, daß die rumänische Regierung die Berechtigung der Erprobung eigener chinesischer Atombomben mit dem Hinweis auf die wachsende Aggressivität jener "imperialistischen Kreise" motiviert, mit deren Regierungsvertretern in ein politisch-wirtschaftliches Geschäft zu kommen sie mehr als jemals zuvor interessiert zu sein scheint.

Daß sich nicht ein einziges Wort des Bedauerns über die chinesischen Atombombenversuche findet, nicht eine einzige Andeutung, Peking sollte vielleicht irgendwann dem Moskauer Atomstoppabkommen beitreten, dessen Vervollkommenung eine weit bessere Aussicht für eine eventuelle weitere Entschärfung des Problems des nuklearen Schreckens bieten könnte als die von China spektakulär geforderte Weltkonferenz, ist eigentlich bezeichnender für die propagandistische Nutzung dieses Abkommens einerseits und des Nichternstnehmens andererseits, so es sich um ideologische Bundesgenossen handelt. Nichts macht deutlicher als dies, wo die Grenzen der rumänischen Aussenpolitik liegen, die als Folge des sowjetisch-chinesischen Konfliktes zwar erweitert worden sind, ihre grundsätzliche Intentionen dadurch jedoch kaum verändert haben.

* * *

Unabhängig von dieser Betrachtungsweise der Haltung Rumäniens ist aber noch festzustellen: Bei Peking und Paris handelt es sich gleichermassen um politische Kräftegruppen der internationalen Politik, die - jede für sich - unabhängig von Moskau und Washington eine eigene Atomwaffe entwickeln. Die Volksrepublik China will von der Sowjetunion, Frankreich von der USA unabhängig sein.

Die rumänische Regierung stellt sich so ein, daß sie mit Peking u n d Paris auskommen kann, ohne dabei den Kontakt mit Moskau und Washington zu verlieren.

+ - +